Im Arbeitsamt sitzen Athener Propagan

DGB-Kreisver and entlarvt die Tätigkeit der griechischen Kommission / Appell an Bonn

Der Kreisverband Frankfurt des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat über einen längeren elipunkt die Tätigkeit der Kommission des griechischen Arbeitsministeriums beim Arbeitsme der Stadt Frankfurt untersucht und legt nunmehr den zuständigen Stellen und der Öffentlenkeit einen Bericht vor, in dem die Propagandatätigkeit zugunsten des Athener Militäregimes sowie die Beeinslussung griechischer Gastarbeiter im Sinne der Obristen-Diktatur iachgewiesen werden.

Schon seit längerer Zeit haben der DGB und lie ihm angeschlossenen Gewerkschaften wie-lerholt auf die Propaganda- und Überwa-hungstätigkeit dieser Kommissionen in den Jahren deutscher Arbeitsämter hingewiesen, neißt es in der Erklärung des DGB-Kreisverbandes. Nunmehr sei man in der Lage, diese illegale Betätigung der Beauftragten der Athe-her Regierung mit handfesten Beweisen zu belegen. Der DGB-Kreisverband nennt dazu im

Die Bekanntmachung des Griechischen Generalkonsulates Frankfurt vom 17. März dieses Jahres, in der die Gegner des Diktaturregimes von Athen als "Terroristen und Anarchisten" bezeichnet werden Jane Griechen, deren Lasse

durch das Konsulat für ungültig erklärt worden sind, werden in dieser Schrift mit dem Entzug ihrer Staatsangehörigkeit und mit der Be-schlagnahme ihres Vermögens in Griechenland bedroht. Diese Bekanntmachung liegt in den Räumen der griechischen Kommission im Frankfurter Arbeitsamt aus und wird an griechische Gastarbeiter verteilt.

Presseorgan der Auch das Streitkräfte Militarische Nachrichten" wird in diesen Raumen vertrieben. In diesem Nachrichtendienst wird die Diktatur verherrlicht und als "Lösung auch für andere freie Völker" an-Weiterhin liegt im Arbeitsamt Franklutt auch der Wirtschaftsbericht des grist! chischen Wirtschaftsministerium in deutscher

Sprache aus. Dazu erklärt der DGB-Kreisver-band: Nach unseren Informationen hat die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung in Nürnberg nach entsprechenden Interventionen von gewerkschaftlicher Seite das Auslegen deutsch-sprachigen Propagandamaterials durch die griechischen Kommissionen in den Räumen deutscher Arbeitsämter untersagt, sta es offensichtlich in keinem Zusammenhang mit der angeblichen Betreuungstätigkeit für griechische Gastarbeiter steht.

Der Kreisverband Frankfurt dim DGB for dert nunmehr die Arbeitsverwaltung und zuständigen Stellen auf, das Auslegen und Verteilen derartigen Propagandamaterials gofort zu untersagen. Außerdem fordert er, 🐞 Griechen-Kommissiones dieser Tätigkeit dieser Griechen-kommissionen schärfstens zu beobachten, "da der Schlutnaheliegt, daß Bedienstete einer Behörde der Militärregimes, die solche propagandistischer und terroristischen Schriften verteilen, auch weitergehen berwachungs und Besitze lungstätigkeit auch ben werden.

Kommission aus den Räumen des Frankfürte Arbeitsamtes auszuguartieren, Indem man ih Räume außerhalb des Arbeitsamtes zur Ver fügung stellt. "Diese Verfahrensweise lieg durchaus im Rahmen des bilateralen Abkom mens und verhindert zunächst die Identifizie rung der deutschen Behörden mit den Vertre tern des Diktaturregimes und deren Machen schaften", heißt es dazu in der Forderung de

Von der Bundesregierung wird erwarte daß das mit Griechenland bestehende Anwei bungsabkommen schnellstens geändert wir "um für die Zukunft die propagandistische w auch die Überwachungs- und Bespitzelung tätigkeit der Griechen-Kommissionen in de deutschen Arbeitsämtern zu verhindern."

Die Gricchische Zentrumsunion hat inzwi-ten in einer Presseerklärung gegen die "Pas-ität" der Polizei profesifert und eventuelle

schen in einer sivität" der Po

Wf

5

(1

Konsul Corantis veranlaßte seine Lands-leute schließlich zur Rückkehr in das Gebäude, nachdem ihn Polizelbeamte darum gebeten

es Verletzte.

darum gebeten

die

dann

Die Polizei riegelte

hatten.

gangstraße ab und trieb die zur Hansaallee zurück.

Argentinier droht Ausweisung

Dk. FREIBURG, 9. Mai (Eig. Bericht). Die Stadt Freiburg hat den Argentinier Daniel Basi (35) ausgewiesen. Basi, der als Mitglied des SDS gilt und bis 1968 an der Musikhochschule Freiburg studierte, wird vorgeworfen. er gefährde "durch seine radikale Einstellung die freiheitlich demokratische Grundordnung und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland". Gleichzeitig mit der Ausweisung würde die zwangsweise Abschiebung angeordnet. In der Begründung des Bescheids heißt es, Beginden und der Begründung des Bescheids heißt es, Basi habe unter anderem bei einer Studentenvollversammlung im April 1968 "in auffälliger vollversammlung im April 1968 "in auffamger Weise ein Plakat, das die Aufschrift "Enteignet Springer" trug", entrollt, sei bei einer Diskussion gegen die Notstandsgesetze aufgetreten, abe die Machtübernahme der Universität urch die Studenten und die Lahmlegung des Lehrbetriebs in gleicher Weise wie in Berlin gefordert. Basi, der von Rechtsanwalt Brandenburg vertreten wird wird gerichtlich gegen denburg vertreten wird, wird gerichtlich gegen die drohende Abschiebung vorgehen.

Wittwoch, 23.

chlägerei vor Konsulat

Gricchen entwickelte. Anlaß der Auseinandersetzung war die Anwesenheit des Staatssekretars Vovollnis, des persönlichen Adjutanten des
griechischen Ministerpräsidenten. Vovolinis
hielt im Konsulat vor geladenen Gästen einen
Vortrag.
Kurz nach 21 Uhr fanden sich vor dem Mehrere Verletzte gab es bei der Schlägerei, die sich — wie in einem Teil der Auflage schon berichtet — am Mittwochabend vor dem grie-

Militärdiktatur. Die Regierungstreuen gaben sich provoziert und begannen eine handgreif-Kurz nach 21 Uhr fanden sich vor dem Konsulatsgebäude etwa 50 juntafeindliche Grie-chen und einige ApO-Vertreter ein. Sie prote-stierten mit Sprechchören gegen die Alfnener liche Auseinandersetzung. Sie warfen mit Flaschen und Steinen; ihre Gegner feuerten die Wurfgeschosse zurück. Auf beiden Seiten gab stierten mit Spi Militärdiktatur.

sensopal mit Ongültigkeitsstempel senen. Darin heißt es wörtlich: "Dieser g wird wegen terroristischer und umrzienscher Tätigkeit, des Inhabers untige" (Unterschrift und Stempel K. Iwskis, Konsul)."

Wieder Griechen-Daß

unkfurt setzt seine Terror- und Unter-ickungsmaßnahmen gegen griechische dekungsmaßnahmen gegen griechische Universität

the reductor of the protein of the state of the protein of the state of the protein of the prote

VDS: Auslandskontakte gefährdet

Auswärtiges Amt Fachschaften sollen andere Organisationen suchen

Drahtbericht unseres Korrespondenten Volkmar Hoffmann

BONN, 8. Mai. Zu einer Steigerung der Kontakte zwischen den Studentenfachschaften westdeutscher und ausländischer Universitäten hat der Beschluß der Bundesregierung vom 26. März dieses Jahres geführt, den Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und seine Gliederungen nicht mehr finanziell zu fördern. Auf Grund dieses Kabinettsbeschlusses lehnte das Auswärtige Amt die Gewährung von entsprechenden Zuschüssen an die Studenten-Fachschaften ab, die nach AStA-Beschluß nach wie vor zum VDS gehören. Es handelt sich dabei um etwa hundert Hochschulen.

Wie aus VDS-Kreisen dazu verlautet, vertrete das Auswärtige Amt die Ansicht, daß die Gelder dem jeweiligen AStA (Allgemeiner Studenten-Ausschuß) beziehungsweise der antragstellenden Fachschaft nicht gegeben werden könnten, da sich der VDS nach Ansicht der Regierung nicht eindeutig auf dem Boden des Grundgesetzes bewege.

Aus dem Auswärtigen Amt erfuhr die "Frankfurter Rundschau" dazu am Donnerstag, bei dem vom Kabinett ausgesprochenen Bezuschussungsverbot handele es sich eindeutig um eine Maßnahme aus innenpolitischen Gründen. Das Auswärtige Amt sei an einer Unterbrechung der Auslandskontakte von Studenten nicht interessiert. Durch einen späteren Beschluß sei das Amt ermächtigt worden, die Gelder für diesen Zweck an andere Vereinigungen zu geben. Antragstellende Fachschaften, deren AStA nach wie vor zum VDS gehöre, würden deshalb aufgefordert, als Träger für ein Treffen mit Auslandsstudenten eine Organisation zu suchen, bei der es sich um eine Institution des öffentlichen oder privaten Rechtes handeln müsse.

Freitag, 11. Oktober 1968, Nr. 237

Verbotene Liebe

Schiller hätte noch lange in der Talsohle der Konjunktur ausharren müssen, die Frankfurter hätten ihre U-Bahn nicht bauen können, so manche städtische Straßenreinigung zusammengebrochen und Wolfsburg müßte wieder Lieferfristen für den Käfer einführen, wenn die Bundesrepublik nicht auf die Unterstützung von mehr als einer Million "Gastarbeitern" bauen könnte. Und so ist man zu der Annahme geneigt, die Westdeutschen sollten ihren fremden Helfern recht dankbar sein. Doch dem ist nicht so. In Wirklichkeit haben - so scheint es - die "Gastarbeiter" nur die gnädige Erlaubnis, hierzulande arbeiten zu dürfen. Mehr aber auch nicht. Das Ausländeramt der Stadt Forchheim will einen 42jährigen Türken ausweisen, weil er mit einer deutschen Ehefrau der "verbotenen Liebe" frönte. Ehebruch dürfen nur Deutsche begehen. Fremde dürfen höchstens U-Bahnen bauen. "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich", steht zwar im Grundgesetz, aber Ausländer haben täglich zu beweisen, daß sie tatsächlich Menschen sind.

Leider ist der Fall Forchheim kein Einzelfall, kein bedauerliches Versehen. So wurden ein nigerianischer Student wegen Teilnahme an einer Vietnamprotestkundgebung, ein Spanier wegen Gegnerschaft zum Francoregime, ein Italiener wegen "wilder Ehe" ausgewiesen und iranische Studenten während des Schahbesuches unseligen Angedenkens in Arrest gesetzt, um nur einige Fälle zu nennen. In der Begründung des neuen Ausländergesetzes heißt es, die Bundesregierung verfolge eine "liberale und weltoffene Fremdenpolitik". Doch gewisse Behörden in der Bundesrepublik folgen augenscheinlich lieber anderen Grundsätzen.

us aller Wel

Ist "verbotene Liebe" ein Ausweisungsgrund?

FORCHHEIM, 10. Oktober (UPI). Mit Ausweisung wollen die Behörden der Bundesrepublik die "verbotene Liebe" zwischen Gastarbeitern und deutschen Ehefrauen bestrafen.

Testfall für die deutschen Ausländerbehörden ist ein Ausweisungsverfahren der Stadtverwaltung Forchheim (Oberfranken) gegen einen 42jährigen Türken, der — obwal Vater von fünf Kindern in der Türkei — i Forchheim mit der gleichaltrigen Ehefrasseines Zimmervermieters, eines 46 Jahre alten Dekorateurs, ein Verhältnis begonnen het. Der Dekorateur ließ sich scheiden, als sine Frau mit dem Türken nach Nürnberg zog.

Vorher hatte das Ausländeramt er Stadt Forchheim jedoch die Ausweisung des Türken mit der Begründung angeordnet, er habe "eine Ehe zerrüttet, die Sittlichkeit gefährdet und ein öffentliches Ärgernis heraufbeschworen". Obwohl der Rechtsanwalt des "Ehebrechers" Einspruch einlegte, hielt die Bezirksregierung von Oberfranken die Ausweisung aufrecht. Jetzt hat der Rechtsvertreter des Türken Beschwerde beim Verwaltungsgericht in Bayreuth eingelegt.

Nach Mitteilung des Forchheime Amtes warten die deutschen Ausländer hörden jetzt in diesem Verfahren, das sich nur schon ein Jahr hinzieht, auf eine endgülti Entscheidung. "Es soll viele ähnliche Fälle geben, und da muß man doch etwas dageger. tun", teilte dazu ein Sprecher der Stadt Forchheim mit. (Siehe auch Seite 3)

(haw). Zu den Vorfällen am Donnerstagabend bei der Veranstaltung zum Tag der Nationen in der Otto-Berndt-Halle erklärte gestern der Vorstand des AStA der Technischen Hochschule Darmstadt: Allein der Internationale Studentenkreis (ISK) verschiedene ausländische Gruppen tragen die Schuld an den Zusammenstö-Ben in der Mensa der THD. Nach Meinung des AStA-Vorstandes hat der ISK, der die Woche der Nationen zusammen mit den Studentenvereinen der teilnehmenden Nationen veranstaltet, vertraglich vereinbart, jede politische Beteiligung — wenn sie sich gegen fremde Nationen, Länder oder Ver-

einigungen richtet - sei verboten. Gegen diese Einschränkung protestiert die Projektgruppe Internationalismus (PGI) vom AStA der TH unterstützt —, da sie jede politische Aktivität für die Studenten aus Ländern der dritten Welt unmöglich mache. Die PGI wendet sich besonders dagegen, daß durch die Darbietung eines Kulturprogrammes aus den einzelnen Ländern die dortigen politischen und sozialen Ver-

hältnisse verschleiert werden.

In einer vorläufigen Stellungnahme des ISK-Vorstands heißt es dagegen: Politische Aktivität der einzelnen Studentenne ist nicht verboten worden; den ler Nationen haben allein diese Vereine organisiert, deshalb hat es keine Auflage des ISK gegeben. Die einzelnen Studentenvereine sind in ihrer politischen Agitation zurückhaltend, da sie unter der Androhung harter Gegenmaßnahmen (längere Militärdienstzeit und Einziehung des

Passes) stehen. Die Gewalt, die vom AStA-Kollektiv unterstützt wurde, ist keine Grundlage für eine fruchtbare Diskussion, sondern erinnert an faschistische Gewalt vergangener Zeiten. Der ISK wollte der PGI für die Veranstaltung zum Tag der Nationen begrenzte Redezeit zur Verfügung stellen, was aber von der PGI abgelehnt worden ist. Vom ISK kann man nicht erwarten, unter der Androhung von Gewalt zu diskutieren.



Verhältnisse

Ausländische Studenten in Darmstadt sollen nicht glauben, sie seien mit ihren politischen Sorgen alleine. Schließlich gibt es in Darmstadt "Projektgruppe Internationalisderen zuständige Fachleute Artikulationsschwierigkeiten feststellen und eilends mit fehlenden Argumenten zur Hand sind, sei es Buttersäure, seien es

Bierflaschen.
Daß die Vertreter des Republikanischen Clubs, der eigens zur Woche der Nationen in Darmstadt einen überregionalen Kongreß einberufen hatte, um zur Stelle zu sein, wo es auch immer handfesten Diskussionsgrundlagen ermangeln mochte, beim Internationalen Studentenklub in Darmstadt keine Gegenliebe für ihre Formulierungshilfen anläßlich des "Tags der Nationen" (siehe Bericht auf dieser Seite) fand, wurde gestern in einer Pressekonferenz in der Hochschule betont. Tenor: Wir lehnen die organisierte Gewalt ab. Entsprechend äußerten sich auch die Vorsitzenden der einzelnen ausländischen Studentenvereine.

DT 23.5.

Zugegeben, die Verhältnisse, die sind nicht immer so, daß jeder ausländische Student frei seine Meinung sagen kann. Griechen zum Beispiel müssen fürchten, von Spitzeln überwacht zu werden. Jedes politisches mißliebige Wort gegen die Papadopoulos-Diktatur kann ihnen die Annulierung ihres Passes oder längere Militärdienstzeit einbringen. Das APO-Bemühen, hier Diskussionen zu erreichen, also in allen Ehren.

Wer aber - wie geschehen kische Volkstanzgruppen mit Faustschlägen und Fußtritten von der Bühne zu jagen sucht, wer Fensterscheiben einschlägt und deren Scherben über nichtsahnendes Publikum verteilt, wer Bierflaschen in vollbesetzte wirft und nach Belieben mit Buttersäure um sich spritzt, wer, weil er nicht exklusiv freien Eintritt erhält, Kassenhäuschen durch die Gegend zerrt, wer sich nach all dem gar noch beschwert, man habe ihn an freier Diskussion gehindert, der ist unseres Erachtens gehalten, das Feld der politischen Diskussion vorläufig jenen zu überlassen, die — nicht weniger kri-tischen Geistes — sich noch ein Gespür für die Verhältnismäßigkeit der Mittel bewahrt haben.

23.5

abend veranstaltet wurde, der von der "Projektgruppe Internationalismus" (PGI) durch Demonstrationen gestört wurde. Es gab Ausschreitungen größeren Ausmaßes, Prügeleien und zerschlagene Fensterscheiben. Die "Projektgruppe Republikaam Donnerstagabend, Internationalen Studentenkreis ein Folklore-Internationalismus" - in ihr sind der Iranische Studentenbund, der CHOISTAIDHEN LEN LA TOUGH LA TOUGH ..

Otto-Berndt-Halle

glich

zum "Tag der Nationen"

Studenten, zum Tor hinaus blasen auf Instrumenten...". die Herrn

nische Club und der SDS vertreten — wollte verhindern, daß "durch Tanz und Lieder in den ausländischen Nationen die falschen Verhältnisse dargestellt wer-

den", Zudem richteten sich ihre Maßnahmen gegen den Veranstalter.

Studentenkreis

gewähren.

Als das verwehrt wurde, versuchte man, die Halle zu stürmen. Die Folge: die Tü-

Internationale Studiolife freien Eintritt.

sollte

ISK)

Uhr verschlossen sich Demon-In dem Gewühl

im Foyer sammelten

wurden vor

ren v

stranten und Besucher.

als das eigentliche Die Situation entbehrte nicht einer Das änderte sich, wissen Komik es geht, sie

dröhnendes Hämmern von außen an die Fensterscheiben, bis er klirrte. Da hal-fen keine "Raus"-Rufe des Publikums, die Demonstranten kamen von der Em-Abendprogramm anfing und damit ein pore herab hinein.

von Menschen, Megaphonstimmen und Flugblättern kam es zu ersten Hand-greiflichkeiten, als die lateinamerikani-

von

Dem ISK wurde

der

und gesungen. Die Türken stellten eine Beatband auf, "Bosporus 5", und gefie-len mit ihrem Rhythmus. Als letzte schwungvolle Darbietungen wollten die was zeitweise gut in Trachten getanzt Folkloristen das entstehende Durcheinwagten die Norweger den Auftritt mit einem weniger temperamentvollen Blupun Bamba" ander überspielen, Es wurde Durch mentanz. gelang. sche Gruppe ihren Auftritt hierhin ver-legen wollte. Demondaman hätte

deutschen Industrie. Unrechtmäßig die Erhebung eines Eintrittsgeldes vesen, da die Veranstaltung keine stemoppositionelle Kräfte am Auftritt gehindert". Der ISK sei ein Instrument Der ISK-Vorsitzende anderweitig wurde vom ISK begründet, daß man Das Eintrittsgeld gewesen, da die Kosten verursache.

Syed Khurshid Pervez sagte, man habe jede Nation zugelassen, die sich gemeldet hat und ihr keinen Zwang im Programm auferlegt. Die Teilnehmer selbst wollten keinen politischen Auftritt, da selbst zu lösen gewillt sei. Der ISK habe von dem Vorhaben der PGI gewußt und ihr 10 Minuten Redezeit angeboten, was man die eigenen politischen Probleme ausgeschlagen wurde, da man den Veranstalter selbst ablehnte und eine Umfunktionierung des Folkloreabends gemit begründet, d Schulden habe. Syed Khurshid Pe funktionierung plant habe.

Unbeteiligte

traf und die vielgehörten studentischen

Schlachtrufe, Applaus und

Gegenrufe übertönt die vom Publikum

die Folklore sehen und hören, dann diskutieren wollte. Daraus wurde nichts,

man zu-

ergab, daß

Eine Abstimmung

Polizei hatte das Studentenwerk, dem

Zeitweise war die Bühne belagert.

gehört, nicht gerufen.

das Hausrecht

Wir hatten nicht die Absicht, die Ver-

abgebrochen.

wurde

Programm

das

sprengen", erklärfe ein

Sprecher der Demonstranten, Der ISK-

keine Veranstaltung stören

Vorsitzende

anstaltung

beiden Sei-

Gestank von Buttersäure, überschäu-

der

Temperamente auf Bühne Idylle,

mende Auf

cen,

Handgemenge, das

im

bis Adalbert-Stifter-Besitzer von Eintrittskarten ein Studentenlied erklang: "Das sind Nebeneingänge geschleust wer-Zuschauern wenigen Gruppe Darmstadt die Uhr die Während Prager durch

Rektor untersagte "Ball der Nationen"

Wegen Gefahr der Körperverletzung / Stattdesen Diskussion vor Otto-Berndt-Halle

(ml) — Vergeblich standen die Besucher des "Balls der Nationen" am Samstagabend in ihren langen Abendroben und dunklen Anzügen vor der Otto-Berndt-Halle: Vor verschlossenen Türen waren Transparente aufgehängt und wurde vom ISK (Internationaler Studentenkreis) und seinem Opponenten, der PGI (Projektgruppe Internationalismus) diskutiert.

Rektor Guther von der Technischen Hochschule hatte den Höhepunkt der "Woche der Nationen", den "Ball der Nationen" untersagt, weil zu befürchten war, daß es nach den Vorkommnissen am "Tag der Nationen" (wir berichteten darüber) zu neuen, größeren Ausschreitungen kommen würde und die Gefahr der Körperverletzung nicht auszuschließen war.

Rektor Guther hat sich mit seinem Entschluß, den Ball zu verbieten, über das Hausrecht des Studentenwerks (über die Otto-Berndt-Halle) hinweggesetzt, weil er vermeiden wollte, daß Polizei das Hochschulgelände — das unter des Rektors Hausrecht steht — betritt. Man habe sich mit der PGI in der vergangenen Nach geeinigt, daß während des Balls in regelmäßigen Abständen Diskussionsfristen eingeräumt werden, sagte Guther. Dieser Entschluß beider Parteien sei aber später von der PGI revidiert worden; man wollte keine Diskussionszeitbeschränkung.

Der Hausherr der Otto-Berndt-Halle, der Geschäftsführer des Studentenwerks Herbert Reißer, zu der Maßnahme des Direktors: "Kein Kommentar!"

Die PGI zeigte sich erfreut, "daß durch die Entscheidung des Direktoriums die zu erwartenden gewaltsamen Auseinandersetzungen vermieden wurden." Der ISK selbst stand dem Verbot des Balls unentschlossen gegenüber: "Wir bedauern." Wer die Haftung der ausfallenden Honorare für die Künstler übernimmt und die übrigen Entschädigungen trägt, die in die Tausende gehen, stand am Samstagabend noch nicht fest.

Uber die Meinungskonfrontation von ISK und PGI, die statt des Balls in aller Breite ausgetragen wurde, siehe anderen Bericht in dieser Ausgabe.

Wortgefechte statt Ball

Lebhafter Streit zwischen Studentengruppen und ISK

(ml) - In Wortgefechten setzen sich die Projektgruppe Internationalismus (PGI) und der Internationale Studentenkreis (ISK) auseinander, anstelle des "Balls der Nationen", der von TH-Rektor Guther wegen der Gefahr der Körperverletzung bei den zu erwartenden Demonstrationen der PGI verboten wurde (siehe anderen Bericht).

Einzelne Vereine ausländischer Studenten haben sich auf Grund der vorgebrachten Beschuldigungen gegen den ISK von ihm distanziert, weil sie "keinen Überblick

mehr haben", wie es ein Sprecher des Türkischen Studentenvereins ausdrückte.

"Profitbringende Tanzveranstaltungen können angesichts der politischen Verhältnisse in den Heimatländern der meisten ausländischen Kommilitonen nur makaber erscheinen", hieß es in einem Flugblatt, das die PGI unter anderem vor der Halle verteilte. "Finanzielle Machenschaften" wurden vorgeworfen.

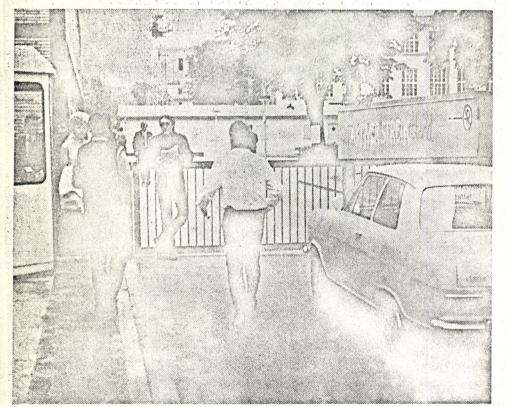
Ferner wurde dem ISK von der PGI (in ihr sind der Republikanische Club, der SDS und der Iranische Studentenverein vertreten) vorgeworfen, nicht Vertreter der Nationen zu sein, obwohl er die einzige an der TH existierende Institution für ausländische Studenten ist. Der ISK unterdrücke vielmehr die politische Betätigung der Nationen. Am Widerstand des Akademischen Auslandsamtes breche zudem jeder Versuch, politisch orientierte Auslandsvereinigungen zu gründen.

700 ausländische Studenten gibt es an der TH Darmstadt, 100 sind im ISK vertreten, die übrigen seien teilweise gegen den ISK eingestellt, oder sie verhalten sich passiv, weil sie sonst Landesausweisung oder politische Verfolgung durch ihr Hamatland befürchten. Dies sagte ein persicher Student.

Von einem Sprecher der Griechischen Studenten wurde dem ISK vorgeworfen, er verschleiere die wahren Verhältnisse im Ausland, er sei "undurchsichtig und mafiaartig" und habe die Funktion, die ausländischen Studenten politisch stillzuhalten.

Die Griechen, Araber und Perser haben sich gegen den ISK gestellt, die Türken haben sich von ihm "distanziert". Bis Samstagabend waren noch die Ibero-Amerikaner, die Indonesier, Norweger und Pakistaner auf seiten des ISK.

Syed Khurshid Pervez, der 1. Vorsitzende des ISK, wies die Vorwürfe der PGI zurück. Es würden keine Finanzmachenschaften getrieben. Der ISK sei auch nicht, wie ihm unterstellt wurde, Vertreter der Nationen. "Wir werden etwas tun", sagte Pervez und kündigte eine Vollversammlung an, die über einen möglichen neuen, die Politik einschließenden Status des ISK beraten werde.



Geschlossen blieb am Samstagabend das Hochschulgelände: Der Rektor hatte die Durchführung des "Balls der Nationen" untersagt, well er Ausschreitungen befürchtete. Siehe Bericht.